

# 1914 und 1999 - Zwei Kriege gegen Serbien

Auf dem Weg zum Demokratischen Frieden?

von  
Dr. Peter Becker

1. Auflage

Nomos Baden-Baden 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:  
[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 8487 1473 5

Die Frage, wie man Kriege verhindern könnte, gehört zu den wichtigsten der Menschheit. In der Diskussion über 1914 wird auch immer wieder der Krieg gegen Jugoslawien zitiert. Es gibt dazu zwei vergessene Bücher, *Karl Kautskys* „Wie der Weltkrieg entstand“ (1919) und *Heinz Loquais* Studien darüber, wie der Auftrag der OSZE, den Krieg in Jugoslawien zu verhindern, von USA und NATO unterlaufen wurde (2000/2003).

*Peter Becker*, Rechtsanwalt und Friedensaktivist, gibt beide Bücher neu heraus, verbunden mit einer eigenen Untersuchung insbesondere der zivilen Friedensmissionen der Vereinten Nationen und der EU. Sein Fazit: Zivile Konfliktlösungen müssten in die deutsche Parlamentsbeteiligung einbezogen werden.

„Wie der Weltkrieg entstand‘ von Karl Kautsky ist Geschichtsschreibung, wie sie sich gehört ... Ein erhellendes, wie niederschmetterndes Buch.“ (Peter Handke)

Peter Becker [Hrsg.]

Peter Becker [Hrsg.]

## 1914 und 1999 – Zwei Kriege gegen Serbien



1914 und 1999 – Zwei Kriege gegen Serbien

Auf dem Weg zum Demokratischen Frieden?

Mit Neueditionen von  
Karl Kautsky und Heinz Loquai



Nomos

Peter Becker [Hrsg]

# 1914 und 1999 – Zwei Kriege gegen Serbien

**Auf dem Weg zum Demokratischen Frieden?**

**Mit Neueditionen von  
Karl Kautsky und Heinz Loquai**



**Nomos**

© Titelbild:

Das Bundesarchiv, Bild 146-1976-007-32, Frankreich, Champagne. –  
Russische Soldaten mit Gasmasken in einem Schützengraben (Gaskrieg), ca. 1916-17

UN Photo/Milton Grant, 25 May 1993, United Nations, New York

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-1473-5 (Print)

ISBN 978-3-8452-5516-3 (ePDF)

1. Auflage 2014

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. Printed in Germany. Alle Rechte, auch  
die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Über-  
setzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

<http://www.nomos-shop.de/22853>

*Dieses Buch ist gewidmet  
dem Bundesverfassungsgericht,  
dem Deutschen Bundestag,  
dem deutschen Außenminister und  
den deutschen Bürgern*

## Danksagung

Ich danke Peter Handke, der mir Mut zu dem Projekt gegeben hat. Ich danke meinem Bruder Michael Becker für seine zahlreichen wertvollen Hinweise und Hilfestellungen, ich danke Rechtsanwalt Kurt Groenewold für die mündlichen und schriftlichen Anregungen zum Prinzip des demokratischen Friedens. Außerdem danke ich Frau Cornelia Richter, die das Buch von Karl Kautsky mit viel Mühe in die elektronische Form gebracht hat, die für dieses Buch gebraucht wurde. Schließlich danke ich der Lektorin beim Nomos-Verlag, Frau Beate Bernstein und ihren KollegInnen, die sich sehr für das Projekt engagiert haben.

Lohfelden, im Juli 2014

*Peter Becker*

## Inhalt

<i>Peter Becker</i>	
Einleitung	11
<i>Karl Kautsky</i>	
Wie der Weltkrieg entstand. Dargestellt nach dem Aktenmaterial des Deutschen Auswärtigen Amts	19
<i>Peter Becker</i>	
Zeittafel 1877 – 1914	177
<i>Peter Becker</i>	
Die handelnden Personen in der „Juli-Krise“ 1914	191
<i>Heinz Loquai</i>	
Weichenstellungen für einen Krieg	197
<i>Heinz Loquai</i>	
Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999 (Auszüge)	329
<i>Peter Becker</i>	
Zeittafel ‚Die Jugoslawien-Kriege‘	353
<i>Peter Becker</i>	
Auf dem Weg zum demokratischen Frieden	377
Epilog	443

## Einleitung

*Peter Becker*

Im Berlin des Jahres 1919 erschien, verlegt bei Paul Cassirer, das Buch von Karl Kautsky *Wie der Weltkrieg entstand*, dargestellt nach dem Aktenmaterial des Deutschen Auswärtigen Amtes. Im November 1918 hatten die Volksbeauftragten Kautsky, den „*führenden theoretischen Kopf der deutschen Sozialdemokratie*“ (Herfried Münkler) beauftragt, eine Sichtung und Herausgabe der Akten des Auswärtigen Amtes zum Kriegsausbruch zu verfassen. Diese Bitte wurde nach einer internen Kontroverse von Friedrich Ebert bekräftigt. Nach etwa vier Monaten waren Kautsky und seine Helfer – die Volksbeauftragten hatten ihm, der der USPD angehörte, auch den „Mehrheitssozialdemokraten“ Quarck beigeordnet, auch Kautskys Frau half mit – fertig und wollte das Ergebnis noch vor Beginn der Friedensverhandlungen veröffentlichen. Doch die Regierung Scheidemann konnte sich aufgrund des „*niederschmetternden Eindrucks*“ zu einer sofortigen Veröffentlichung nicht entschließen.

Insbesondere Max Weber, der schon 1914 für den Krieg war, stand in der Kriegsschuldfrage auf der anderen Seite. Er gehörte denn auch zur „Friedensdelegation“, die die Versailler Verhandlungen begleiten sollte. Sie war hervorgegangen aus einer „Arbeitsgemeinschaft für eine Politik des Rechts“, kurz „Heidelberger Vereinigung“ genannt, die Max Weber gemeinsam mit dem Prinzen Max von Baden zur Abwehr der alliierten Schuldvorwürfe bereits am 3. Februar ins Leben gerufen hatte. Der erste öffentliche Aufruf der Arbeitsgemeinschaft sprach von einer „*gemeinsamen Schuld aller kriegführenden Großmächte Europas*“, und forderte die Einsetzung eines unparteiischen neutralen Gremiums zur objektiven Untersuchung der Schuldfrage. In dieses Klima passten Kautskys Untersuchungsergebnisse überhaupt nicht.

Auch Eduard Bernstein, wie Kautsky zur USPD gehörig und von der Regierung in die Friedensdelegation berufen, konnte sich gegen die Allianz von Max Weber, dem Prinzen Max von Baden und dem Bankier Warburg nicht durchsetzen und schied resigniert aus der Friedensdelegation aus. Die deutsche Position wurde bestimmt vom Weißbuch der Regierung vom Juni 1919, das die Kriegsschuld bestritt. Kautskys Aktensammlung, „*im Auftrag des Auswärtigen Amtes nach gemeinsamer Durchsicht herausgegeben von*



*Peter Becker*

*Graf Max Montgelas und Prof. Dr. Walther Schücking*“ (letzterer Völkerrechtler und einer der „Väter“ des Völkerbundes), erschien in vier Bänden erst im Herbst 1919.

In diesem Klima entschloss sich Kautsky zu der vorliegenden Arbeit. Ein Historiker könne „*nicht Quellen sammeln, ohne sie auch innerlich zu verarbeiten*“. Und Kautsky war klar, dass sein Buch viel Widerspruch erfahren würde. Aber viel wahrscheinlicher ist, dass man es einfach totschwieg. Denn der Versailler Vertrag mit seinem Kriegsschuldparagrafen 231 löste einen nationalen Aufstand von Rechts bis Links gegen das „Schanddiktat von Versailles“ aus. Außenminister Hermann Müller (SPD) und Verkehrsminister Johannes Bell (Zentrum) unterzeichneten daher den Vertrag am 28. Juni 1919 nur unter Protest. In diese Stimmung passten Kautskys Forschungsergebnisse überhaupt nicht. So hatte sein Buch kaum eine Chance, zu einem realistischen Geschichtsbild beizutragen. Hier liegt das Motiv für die Neuauflage.

Das Faszinierende an Kautskys Untersuchung ist die Präzision der Durchsicht des Materials, der Protokolle, Briefe und Depeschen, so die des Kaisers Wilhelm an seinen Neffen Nicky, den russischen Zaren Nikolaus. Österreich und Deutschland verschworen sich, Serbien „für immer“ unschädlich zu machen. Ein Ultimatum an die serbische Regierung nach dem Mord am Thronfolger in Sarajevo wurde so konstruiert, dass es eigentlich unannehmbar war. Aber Serbien unterwarf sich, was den Kaiser zu der folgenden Bemerkung hinriss: „*Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden! [...] Damit fällt jeder Kriegsgrund fort. [...]*“ Trotzdem kam es zum Krieg. Die präzise Darstellung der Inszenierungen, aber auch die Massenmobilisierung mit Hilfe der Medien, stellt Kautsky plastisch dar – und wegen der zahlreichen Fundstellen kaum zu widerlegen.

Fritz Fischer hat in seinem mutigen Buch *Griff nach der Weltmacht (1961)* weder Karl Kautskys Buch noch ihn als maßgeblichen Autor seiner Quellensammlung zitiert, obwohl er in großem Umfang auf sie zurückgegriffen hat, wie an den zitierten Depeschen erkennbar. Das war wohl eine Vorsichtsmaßnahme. Denn der Widerstand der Fachkollegen gegen seine Thesen war absehbar. Hätte er sich auch noch auf den Linksozialisten Karl Kautsky gestützt, wäre seinen Forschungsergebnissen, von vielen Kollegen erbittert bekämpft, von vornherein die Wirkung genommen gewesen. Aber auch bei Clark und Münkler fehlt der Verweis auf Kautskys Buch.

Auch Loquais Buch, vom Ansatz her dem Kautskys vergleichbar, hatte ein ähnliches Schicksal. Dr. Heinz Loquai ist Brigadegeneral a.D., vorher Generalstabsoffizier der Luftwaffe in zahlreichen Verwendungen, u. a. als

Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr, auf dem Gebiet der Militärpolitik im Bundesministerium der Verteidigung, bei der deutschen NATO-Vertretung in Brüssel und als Leiter des Verifikationszentrums der Bundeswehr. Vor der Pensionierung am 31. März 1999 Leiter der Militärberatergruppe bei der deutschen OSZE-Vertretung in Wien. In dieser Funktion war er u. a. mit dem Kosovo-Konflikt befasst.

Als Ergebnis dieser Funktion hat Loquai – im Grunde – zwei Bücher verfasst. Das erste hieß *Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg* (Nomos 2000), das zweite *Weichenstellungen für einen Krieg. Internationales Krisenmanagement und die OSZE im Kosovo-Konflikt* (Nomos 2003). Diese zweite war nach Loquais Auffassung keine bloße Neuauflage seiner früheren Veröffentlichung. Sie gehe tiefer in der Analyse und verarbeite Quellen, die erst später verfügbar wurden. Außerdem wurden im Dokumentenanhang einige interessante Dokumente konzentriert.

Man müsste beide Bücher lesen, was heute schwierig ist, weil sie vergriffen sind. Deswegen erfolgt hier eine Neuauflage in Teilen (ohne jede Veränderung). Die Veröffentlichungen konzentrieren sich auf die Rolle der OSZE während der Phase der Eskalation zu einem internationalen Krieg in der Zeit von Mitte Oktober 1998 bis Ende März 1999. Die Bombardierung Serbiens begann am 24. März und endete am 10. Juni 1999. Die NATO setzte zeitweise über 1.000 Kampfflugzeuge ein. Es handelte sich um eine der massivsten Luftkriegsoperationen der Militärgeschichte. Allein die USA setzten einen größeren Prozentsatz ihrer Luftstreitkräfte gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ein, als während des gesamten Vietnam-Krieges und der Operation Desert Storm (2. Golfkrieg). Erst durch diese Bombardierungen kam es zu Massenfluchten. Die gezielten Bombardierungen galten Regierungsgebäuden, Industrieanlagen, Objekten der Transport-, Telekommunikations- und Energie-Infrastruktur sowie allen militärischen Installationen. Viele historisch wertvolle Gebäude wurden zerstört. „Aus Versehen“ bombardierte die NATO auch die chinesische Botschaft in Belgrad. Die Gesamtzahl der Todesopfer wird auf 3.500 Menschen geschätzt; etwa 10.000 Menschen sollen verletzt worden sein.

Loquais Bücher befassen sich nicht mit dem Krieg. Sie konzentrieren sich auf die Phase davor und analysieren die angebliche Notwendigkeit einer „humanitären Intervention“, also eines – nach vorherrschender Ansicht – völkerrechtswidrigen Krieges, weil ohne UN-Mandat. Es war Loquais Aufgabe im Rahmen der OSZE, diese Entwicklung zu untersuchen, für die die „Kosovo-Verifikationsmission“ (KVM) durch ihre Mitarbeiter und eine

*Peter Becker*

präzise Nachrichtenzuarbeit – etwa durch die Botschaften der NATO-Staaten in Belgrad – bestens ausgestattet war.

Auslöser des Krieges war der Aufstand der Kosovo-Befreiungs-Armee (UCK) gegen die serbische Präsenz im Kosovo, der damals jugoslawische Provinz war. Die Serben wurden als Besatzer empfunden. Aufgabe der OSZE war es, den Konflikt zu untersuchen, zu deeskalieren und eine friedliche Lösung herbeizuführen. Dieser Ansatz wurde aber insbesondere von den USA von Anfang an unterlaufen. Loquai belegt, dass die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright schon früh auf eine Bombardierung hingearbeitet hat, und zwar ohne UN-Mandat.

Ein Schwerpunkt des Buches ist die Untersuchung des sogenannten „Massakers von Racak“. Der amerikanische Diplomat William Walker, bekannt schon durch Einsätze in südamerikanischen Staaten, hatte es sich offenbar zur Aufgabe gemacht, das internationale Interesse auf die Ergebnisse einer – wohl – kriegerischen Auseinandersetzung zu lenken, die über Nacht zur standrechtlichen Erschießung von 45 Personen, darunter Frauen und Kinder, umgewidmet worden war. Loquai geht sehr sorgfältig an dieses „Massaker“ heran und zeigt, wie es als Kriegsgrund aufgewertet und – insbesondere – in den deutschen Medien verarbeitet wurde.

Eine kritische Darstellung des Krieges in einem offenen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Jahr 2001, geschrieben von den Hamburger Friedensforschern Prof. Dieter S. Lutz und seinem Stellvertreter Dr. Reinhard Mutz, wurde von Peter Struck so kommentiert, dass der Brief *„schwerste Beschuldigungen gegen die Bundesregierung und gegen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages [enthalt], bis hin zu kaum erträglichen Verleumdungen“*.

Zur Richtigstellung hätte Loquais Buch beitragen können. Aber der 11. September 2001 hat die politische Diskussion über den Kosovo-Konflikt nahezu vollständig verdrängt, wie der Autor in der Einleitung seines zweiten Buchs beklagt. Auch dieser Krieg harrt also noch der Aufarbeitung.

Die gereizte Reaktion des Bundestags erklärt sich aus der Bundestagsdebatte vom 16. Oktober 1998, in der beschlossen worden war, erforderlichenfalls im Rahmen der NATO kriegerisch gegen Jugoslawien vorzugehen, und zwar auch ohne UN-Mandat. Den Abgeordneten war die Völkerrechtswidrigkeit ihres Vorgehens durchaus bewusst, wie an der präzisen Kritik des Abgeordneten Dr. Burkhard Hirsch von der FDP zu erkennen war. Selbst der grüne Staatssekretär Dr. Ludger Volmer enthielt sich der Stimme. Viele Abgeordnete stimmten – zu diesem frühen Zeitpunkt – der Ermächtigung zu einem militärischen Eingreifen zu, weil sie unterstellten, dass der konkrete

Angriff einer nochmaligen Debatte des Bundestags bedürfe, so etwa der Abgeordnete Verheugen. Diese Erwartung wurde enttäuscht.

Der Herausgeber analysiert diese Bundestagssitzung vor dem Hintergrund der Informationen Loquais. Man kann zeigen, dass dem Parlament wichtige Informationen vorenthalten wurden, etwa die Reichweite des Abkommens zwischen dem jugoslawischen Staatspräsidenten Milosevic und dem amerikanischen Diplomaten Richard Holbrooke. Anlass des Eingreifens sollte eine „*drohende humanitäre Katastrophe*“ sein, eine Formulierung der UN, die der jugoslawischen Staatsführung zwar angesonnen, aber nie belegt wurde. Nach dem Massaker von Racak kam es ab dem 6. Februar 1999 im Schloss Rambouillet zu von NATO-Mitgliedstaaten dominierten Vertragsverhandlungen, in denen es um ein Abkommen zwischen der jugoslawischen Regierung und den Kosovo-Albanern ging. Nach den Eckpunkten sollte der Kosovo innerhalb von Serbien eine umfassende Autonomie erhalten, aber unter serbischer Hoheit bleiben, die UCK sollte entwaffnet und NATO-Truppen im Kosovo stationiert werden. Die UCK unterschrieb das Abkommen, die jugoslawische Delegation aber nicht. Denn in einem Annex B, im letzten Moment eingebracht, war vorgesehen, dass NATO-Truppen in einer Stärke von 30.000 Mann sowohl im Kosovo als auch in der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien operieren können sollten, unter Zuerkennung vollständiger zivilrechtlicher und strafrechtlicher Immunität von NATO und NATO-Personal, sowie unter kostenloser und uneingeschränkter Nutzung der gesamten jugoslawischen Infrastruktur durch die NATO. „*Kein Serbe mit Volksschulbildung*“ hätte einen solchen Vertrag unterschreiben können, schrieb Rudolf Augstein im SPIEGEL. Christopher Clark (585) wertet dieses Ultimatum als wesentlich weitergehend als die österreich-ungarische Note in der Juli-Krise und zitiert Henry Kissinger, der den Rambouillet-Vertrag als „*eine Provokation, eine Entschuldigung dafür, mit den Bombardierungen beginnen zu können*“ bezeichnete.

Obwohl „*Tendenzen zu ethnischen Säuberungen [...] weiterhin nicht zu erkennen*“ waren, wie am 22. März 1999 in der Tagesmeldung des Amtes für Nachrichten der Bundeswehr zu lesen war, wurde ab dem 24. März bombardiert. Zu den Kriegsgründen trug bei ein „*Hufeisenplan*“ aus dem Bundesverteidigungsministerium unter Leitung von Rudolf Scharping. Man muss, schreibt Loquai, angesichts „der Widersprüche in der Beweisführung des Ministeriums ... begründete Zweifel an der Existenz eines solchen Do-

*Peter Becker*

kuments, das auch tatsächlich echt ist, haben“<sup>1</sup>. Dieser Plan habe schon im März 1999 zu einer halben Million Vertriebener geführt. Der ganze Kosovo hat allerdings nur eine Bevölkerung von 1,84 Millionen. Die Flucht setzte erst mit der Bombardierung ein.

Immanuel Kant hat im Jahre 1795, mitten in der Französischen Revolution, seine berühmte Schrift „*Zum Ewigen Frieden*“ verfasst. Dafür sei der Staat mit republikanischer Verfassung verantwortlich, der ein friedlicher Staat sei. Die Entscheidung für Krieg und Frieden müsse von den Staatsbürgern getroffen werden, da sie auch die Folgen des Krieges tragen müssten. Darin liegt das Prinzip eines *Demokratischen Friedens*.

Dieses Anliegen verfolgt das letzte Kapitel des Herausgebers, für das es seit dem Jahre 2005 in Deutschland – weltweit einmalig – eine gesetzliche Grundlage gibt, das Parlamentsbeteiligungsgesetz (ParlBG): Wie kann eine der Kernfragen der Menschheit „Krieg oder Frieden?“ in einem demokratischen Prozess beantwortet werden? Aber das Gesetz lässt Fragen offen: Wie kann man den parlamentarischen Prozess so gestalten, dass er die „facts and fakes“ aufklären kann? Wie kann der gezielten Desinformation, gezielt oder unfreiwillig unterstützt von den Medien, entgegengewirkt werden? Wie kann man die Debatte über eine Friedensmission so gestalten, dass auch die Konfliktlösung als solche in den Blick genommen wird?

Die Parlamentsbeteiligungen haben bisher immer zur Begründung militärischer Einsätze der Bundeswehr im Ausland geführt. Wenn sich die Bundesregierung, wie etwa beim Irak-Krieg oder der Libyen-Intervention, eines Einsatzes enthielt, wurde damit nicht der Bundestag befasst. So fehlt bisher das Beispiel einer parlamentarischen Entscheidung gegen einen Kriegseinsatz, den die Bundesregierung – in den bisherigen Beispielfällen aufgrund internationaler Vorentscheidungen – getroffen hat. Es wird der Vorschlag gemacht, das Parlamentsbeteiligungsgesetz an entscheidender Stelle mit wenigen Worten zu ergänzen. Man muss versuchen, der Wahrheit möglichst nahe zu kommen; einschließend die Aufgabe, die gezielten Fehlinformationen als solche zu enttarnen. Und das Wichtigste: Die parlamentarische Beteiligung sollte auf eine Ausstattung der Mission abzielen, die den Konflikt selbst anpackt und dafür die Rolle des Militärs auf die Schaffung sicherer Verhältnisse für das Angehen des Konflikts zuschneiden. Dafür ist nicht weniger Parlamentsbeteiligung nötig, sondern mehr.

---

1 Heinz Loquai, *Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg*, Baden-Baden 2000, S. 143.

Dafür plädiert auch die Untersuchung der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD unter Vorsitz des früheren Verfassungsgerichtspräsidenten Papier zum deutschen Militäreinsatz in Afghanistan. Die Analyse geht ans „Eingemachte“ und legt die unterschiedlichen Positionen offen. Und entscheidend: Sie schlägt die Erweiterung der Parlamentsbeteiligung auf die zivilen Elemente einer Konfliktschlichtung vor. Sollte das gelingen, wäre Hoffnung auf eine verbesserte Entscheidung über Krieg oder Frieden.

Rechts- und politische Grundlage ist das „Friedensgebot des Grundgesetzes“, das vom Bundesverfassungsgericht zwar immer wieder zitiert wird, aber noch nie gestaltend angewandt wurde. Kaum bekannt ist in diesem Zusammenhang der „Vertrag über die Ächtung des Krieges“ vom 27.08.1928 (Briand-Kellogg-Pakt), in dem die Vertragspartner – auch Deutschland – erklärt haben, dass sie „den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik [...]“ verzichten. Der Vertrag ist immer noch wirksam. Beim Jugoslawien-Krieg hat man das wohl vergessen.

## Wie der Weltkrieg entstand. Dargestellt nach dem Aktenmaterial des Deutschen Auswärtigen Amtes

von *Karl Kautsky*\*

### Übersicht

Vorwort	20
1. Die Schuldigen.	26
2. Deutschlands Isolierung	27
3. Deutsche Provokationen.	33
4. Österreich.	36
5. Die Balkankrisen	39
6. Die Lage vor dem Kriege.	42
7. Materialien über den Ursprung des Krieges.	45
8. Serajewo.	47
9. Wilhelms monarchisches Bewusstsein.	52
10. Die Verschwörung von Potsdam.	55
11. Die Verschwörer an der Arbeit.	60
Wilhelms Drängen.	60
Österreichs Zögern.	65
Eine falsche Rechnung.	72
Die Einschläferung Europas.	75
12. Das Ultimatum an Serbien.	80
Die Überreichung der Note.	80
Die Lokalisierung des Krieges.	84
Die Sabotierung der Friedensbemühungen.	87
Beginnende Unsicherheit in Deutschland.	96
13. Italien.	102
14. England.	109
Bis zum 29. Juli.	109
Der 29. Juli	114
15. Letzte Versuche zur Rettung des Friedens.	121
16. Die Mobilisierungen.	127
17. Die Kriegserklärung an Russland.	134
Die Vorbereitung der Kriegserklärung.	134
Die Begründung der Kriegserklärung.	136
Die Eröffnung des Krieges durch Russland.	140
18. Die Kriegserklärung an Frankreich.	144
Frankreichs Neutralisierung.	144

---

\* Erstmals verlegt bei Paul Cassirer, Berlin 1919.

*Karl Kautsky*

	Die mysteriösen Flieger.	148
19.	Die Kriegserklärung an Belgien.	153
	Die politische Verfehltheit des Wortbruchs.	153
	b) Die Rechtfertigung des Wortbruchs.	156
20.	Die Revolutionierung der Welt.	162
21.	Der Weltkrieg und das deutsche Volk.	167
	Nachbemerkung.	175

*Vorwort*

Nach der Revolution vom 9. November 1918 ersuchten mich die Volksbeauftragten, als beigeordneter Staatssekretär in das Auswärtige Amt einzutreten. Eine der ersten Aufgaben, die ich mir stellte, ging dahin, mich zu vergewissern, ob in seinem Archiv belastendes Material beiseite geschafft worden sei, wie damals vielfach befürchtet wurde. Ich konnte nichts bemerken, was diesen Verdacht bestätigt hätte. Schon die ersten Stichproben zeigten mir vielmehr, dass wichtiges Material da war. Ich schlug den Volksbeauftragten vor, die Akten zunächst über den Kriegsausbruch herauszugeben. Das seien wir dem deutschen Volke schuldig, das Anspruch darauf habe, die Wahrheit über seine bisherigen Staatslenker zu erfahren. Das sei auch notwendig, weil es dem misstrauischen Auslande gegenüber am deutlichsten den völligen Bruch des neuen Regimes mit dem alten zum Ausdruck bringe.

Die Volksbeauftragten stimmten mir zu und betrauten mich mit der Sammlung und Herausgabe der Akten. Meine bisherige Haltung werde dafür bürgen, dass ich kein unbequemes Material unterschlage. Gewünscht wurde nur, dass ich nicht die einzelnen Akten sofort, nachdem ich sie gefunden, vor die Öffentlichkeit bringe, wie es Eisner getan, sondern dass sie erst herauskommen sollten, wenn sie vollzählig gesammelt vorlägen. Das war politisch nicht ganz erwünscht, weil es die Veröffentlichung und ihre günstigen Wirkungen für das neue Regime im In- und Auslande hinausschob. Aber es schnitt die Einrede der Verfechter des alten Regimes ab, als habe man es bloß mit tendenziös ausgelesenen und aus dem Zusammenhang gerissenen Dokumenten zu tun, die keine Beweiskraft hätten.

Dem Gewicht dieser Auffassung verschloss ich mich nicht und danach verfuhr ich.

Als im Dezember meine Parteigenossen Barth, Dittmann und Haase aus der Regierung austraten, verzichtete auch ich auf meine Stellung als beigeordneter Staatssekretär, erklärte mich jedoch bereit, die Sammlung und He-



*Wie der Weltkrieg entstand*

rausgabe der Kriegsakten auch weiterhin zu besorgen. Darauf erhielt ich die  
Zuschrift vom 4. Januar:

Werter Genosse!

Auf Ihr Schreiben vom 2. Januar erwidere ich Ihnen, dass die Reichsregierung  
Sie bittet, Ihre Tätigkeit als Mitherausgeber der Akten über den Kriegsausbruch  
auch weiterhin ausüben zu wollen.

Die Reichsregierung

Ebert.

Das Wort „Mitherausgeber“ bezieht sich darauf, dass kurz vorher nach dem  
Usus jener Wochen, jede höhere Stellung doppelt mit einem Rechtssozia-  
listen und einem Unabhängigen zu besetzen, man Quarck mir zur Seite ge-  
stellt hatte.

Der Usus hörte nach dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der Regie-  
rung auf und damit nahm bald auch die „Mitherausgeberschaft“ Quarcks ein  
Ende und ich stand als alleiniger Herausgeber da.

Natürlich besorgte ich nicht die ganze große Arbeit allein. Ehe ich noch  
andere Hilfskräfte heranzog, stand mir meine Frau getreulich zur Seite, die  
ja schon seit Jahrzehnten mit Rat und Tat fast an jedem meiner Werke be-  
teiligt ist. Doch bald wurde ein eigenes Büro zur Besorgung der Herausgabe  
notwendig.

Sie war zu beschleunigen und ich hatte neben ihr in der Sozialisierungs-  
kommission und mit schriftstellerischen Arbeiten zu tun. Quarck und ich  
wendeten uns daher schon im Dezember an Dr. Gustav Mayer mit der Bitte,  
seine Arbeitskraft für die Zwecke der Sammlung und Ordnung der Akten in  
höherem Maße zur Verfügung zu stellen, als ich selbst es vermöchte. Er  
willigte gern ein, trotzdem auch er manche ihm liebe Arbeit deshalb liegen  
lassen musste. Auf seine Anregung zogen wir namentlich für die archivali-  
sche Arbeit noch Dr. Hermann Meyer, Archivar beim geheimen Staatsar-  
chiv, heran, dann Anfang Februar zur Beschleunigung des Abschlusses der  
Arbeit, angesichts des sich häufenden Materials nach Dr. Richard Wolff und  
Frl. N. Stiebel, cand. hist.

Ich empfinde es als meine Pflicht, ihnen allen, namentlich den beiden  
erstgenannten Herren für ihre hingebende wertvolle Arbeit an dem großen  
Unternehmen herzlichst zu danken.

Sie setzte mich in die Lage, dem Grafen Brockdorff-Rantzau am 26. März  
mitzuteilen, dass die Sammlung im Wesentlichen fertig vorliege und sofort  
in Satz gegeben werden könne. Wohl waren noch eine Reihe von Feststel-  
lungen zu machen, da sich z. B. nicht bei jedem Dokument die Zeit seines  
Einlaufens oder seiner Absendung ohne weiteres genau konstatieren ließ.